

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.25. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zingststraße 21, D. Telefon 8465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zingststraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 226.

Dresden, Dienstag den 29. September 1908.

19. Jahrg.

Die wirtschaftliche Revolution in der Schweiz.

Z. Gerade zur rechten Zeit, wenige Wochen vor den am 5. Oktober stattfindenden Nationalratswahlen, hat das schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich eine von unserem Kenner des schweizerischen Wirtschaftslebens, als ein reiches Material von praktischen Kampfmethoden für die alltägliche Agitation bezeichnet werden darf. Die Schrift ist das erste Systematisches Lohnstatistik, zu deren Aufstellung im Jahre 1905 das Industrie-Departement in Bern dem Arbeitersekretariat den Auftrag erteilt hat und das das Verständnis für die bald folgende eigentliche Lohnstatistik erhöhen soll.

Gründlich hat eine reiche Fülle statistischer Materialien, um die seit einem halben Jahrhundert in der Schweiz die vollziehenden Umwälzungen darzustellen. Er beginnt mit der Verschiebung des Verhältnisses von Stadt und Land. Von 1850 bis 1900 ist die Zahl der Einwohner der Schweiz von 2 392 740 auf 3 315 443 oder um 3,6 Prozent. Von dieser Vermehrung um 922 703 kamen allein 321 326 auf die Ausländer, die sich von 71 570 auf 22 896 vermehrten. Sie bildeten 1850 nur 3 Prozent, 1900 dagegen beinahe 12 Prozent der Gesamtbevölkerung.

In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebten 1850 152 819 Personen oder 6,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, 1900 dagegen 742 205 oder 22,4 Prozent. Landbesitzer zählten 1900 mit 431 417 Einwohnern um 1000 weniger als 1850, während die übrigen Landbesitzer die Vermehrung von 1 762 956 auf 2 141 821 aufweisen. In diesen Bezirken haben einen Teil ihres Geburtenüberschusses an die Städte abgegeben und außerdem bergan die Teil Gemeinden industriellen Charakters mit starker Bevölkerungszahl in sich, die sich anschließen, auch in die Reihe der Städte überzutreten.

Die Zahl der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern stieg 1850 nur 8, 1900 hingegen schon 19.

Eine einschneidende Verschiebung haben auch die Verhältnisse bezüglich der Heimatherauswanderung der Schweizer erfahren. 1850 wohnten noch 1 532 694 oder 64 Prozent in ihrer Heimatsgemeinde, 1900 aber nur noch 1 276 994 oder 38,5 Prozent. In Genf sind es gar nur 17 Prozent, in der Stadt Biel 4 Prozent!

Ein Unterschied zwischen Stadt und Land besteht auch darin, daß auf dem letzteren relativ mehr Kinder und über 10 Jahre alte Leute, in der Stadt mehr Einwohner im Alter von 15 bis 49 Jahren vorhanden sind.

Gründlich untersucht den Einfluss dieser Verschiebungen und verschiedenartigen Verhältnisse auf das Denken der verschiedenen Bevölkerungsklassen und er führt dazu aus: „Sommt es, daß der Teil des Volkes, der in den Städten wohnt, anders denkt als der andere Teil auf dem Lande, von dem der erste doch abstammt, zu einem großen Teil sogar aus dem ersten Elende. Nicht aus irgendeiner Willkür, nicht aus der Anregung einzelner Personen, sondern kraft des Geistes, das dem die uns umgebenden Verhältnisse unser Denken, wenn auch nicht absolut bedingen, so doch sehr stark beeinflussen.“

Eine gründliche Veränderung hat das Verhältnis der Industrie zur Landwirtschaft erfahren. 1850 beschäftigten sich 50 Prozent der Bevölkerung durch die Landwirtschaft und nur 36 Prozent durch die Industrie; heute aber entfallen auf erstere nur noch 35 und auf letztere 44 Prozent. Der Anteil des Handels ist von 6 auf 9, der des Verkehrs von 5 auf 5 Prozent gestiegen. So ist die Schweiz aus einem landwirtschaftlichen Staat zu einem Industriestaat geworden. „Die Schweiz tangiert sich mit Riesenschritten in die internationale Arbeitsteilung ein; sie tritt immer stärker in die Weltwirtschaft und wird immer mehr vom Weltmarkt abhängig.“ Die Landwirtschaft ist durch die Weltwirtschaft ersetzt.

Zung ist die Fabrikstatistik, denn sie reicht nur 1882 zurück. Die letzte wurde 1901 aufgestellt. 1882 wurden rund 190 000 Arbeiter gezählt, 1901 242 000, heute sind es 307 000. Die Werbestärke vermehrte sich von 59 505 im 1882 auf 820 433 im 1901. Gründlich berechnet, daß 1882 die Produktivkräfte der Arbeiter 21,2 Prozent, 1901 nur noch 17 Prozent der gesamten Produktivkräfte ausmachten, so daß die elementare Kraft der Männerkräfte in der Industrie weit überflügelt hat. Dadurch ist die Abhängigkeit der Arbeiter erhöht, sie sind ohnmächtiger, die Unternehmer oder mächtiger geworden.

Am der Seidenstoffweberci weist Gründlich den engeren Zusammenhang von Industrie und Landwirtschaft nach. Im Kanton Zürich zählte man im Jahre 1871 27 531 Handwebstühle, 89 Prozent aller Produktionsmittel der Seidenindustrie und nur etwa 900 mechanische Webstühle. Mehr 35 000 Arbeiter bedienen diese Webstühle. 35 Jahre später, 1906, waren nur noch 11 480 Hand-, aber 15 156 mechanische Webstühle vorhanden. Die Produktivkraft der Züricher Seidenindustrie stieg von 30 776 auf 64 476.

Robuststatistik. Bericht des schweizerischen Arbeitersekretariats an das schweizerische Industrie-Departement in Bern. Einleitung, Darstellungen, Entzifferung der nationalen Wirtschaft und ihre zeitliche Entwicklung. Sammelverzeichnis der Darstellungen des schweizerischen Arbeitersekretariats, Zürich 1908, VIII und 152 Seiten.

Die Handweberci war Heimarbeit, die mechanische Weberci ist Fabrikarbeit. Die erstere wurde von den Frauen und Töchtern der Kleinbauern ausgeübt, und sie brachten damit das Bargeld in die bäuerliche Wirtschaft. Der mechanische Webstuhl stürzte diese Verhältnisse, der bäuerliche Webetrieb mußte dem größeren weichen, und so ging die Zahl der Handwebstühle mit 1 bis 2 Stück Vieh zurück von 44 Prozent in 1866 auf 14 Prozent im 1906, während gleichzeitig die Viehbesitzer mit 5 bis 10 Stück von 1 Prozent auf 11 Prozent stiegen. Insgesamt ist die Zahl der Viehbesitzer überhaupt in den 40 Jahren um 16 Prozent zurückgegangen bei gleichzeitiger Vermehrung der Stückzahl um 60 Prozent und seines Wertes von 11 auf 47 Millionen Frank. Die Industriekrisen haben ebenfalls verheerend auf die Kleinbauern gewirkt.

Sehr zu begrüßen ist die systematische Bearbeitung des Kapitels vom „nationalen Reichtum“ und seiner Verteilung. Gründlich kommt auf die sehr respektable Summe von 31,35 Milliarden Frank für die Schweiz, die sich so zusammensetzt: Bodenertrag 9300, Gebäudewert 8500, Mobiliar- und Wärsachen 4000, Aktienkapital 2300, Obligationen 3700, Sparkasteneinlagen 1200, öffentliche Schulden 1000, Viehbesitz 700, Forderungen, Banken, Versicherungen 500 und unlaufendes Fortgeld 150 Millionen Frank. „Verteilt“ man dieses Nationalvermögen auf die Bevölkerung, so treffen auf den Kopf 8958 Frank und auf eine Haushaltung von fünf Köpfen 44 780 Frank. Dazu kommt natürlich noch das laufende Arbeitseinkommen. Würden wir wirklich „teufen“ wollen, wie uns die Gegner à la Eugen Richter mit völliger Verständnislosigkeit und Vörschicklichkeit unterstellen, so würden dabei die Arbeiter ein ganz gutes Geschäft machen.

Gründlich untersucht, wie sich das Nationalvermögen heute auf die gesamte Bevölkerung verteilt, und zwar auf Grund der amtlichen Steuerregister der Stadt Zürich. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß 87,4 Prozent der Steuerzahler 47,2 Prozent des Gesamteinkommens und 12,6 Prozent des Vermögens besitzen. Es haben also 1/4 der Steuerzahler nicht einmal die Hälfte des Gesamteinkommens, während 1/4 mehr als die Hälfte hat. 68 Prozent aller Steuerzahler verdienen ein Einkommen bis zu 1500 Frank, 19 Prozent ein solches von 1501 bis zu 3000 Frank und nur 13 Prozent ein solches von über 3000 Frank. In der Industrie allein verdienen 94,6 Prozent ein Einkommen bis zu 3000 Frank und nur 5,4 von über 3000 Frank. Nebenbei stellt Gründlich noch die allbekannte Tatsache fest, daß die oberen Steuerklassen einen großen Teil ihres Einkommens und natürlich auch Vermögens nicht versteuern.

Gründlich kommt zum Schlusse, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung kein Vermögen besitzt, also am nationalen Vermögen nicht beteiligt ist und auch an dessen Zunahme keinen Anteil hat. Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung, in denen die Vermögenslosen inbegriffen sind, haben ein kärgliches Einkommen. Die Akkumulation des Kapitals und die Zunahme des Reichtums kommt zurzeit höchstens einem Drittel, wahrscheinlich aber nur einem Fünftel der Bevölkerung zugute.“ Auf Grund dieser Tatsachen muß die Bekämpfung des Klassenbewußtseins bei den großen indifferenten Massen tatkräftig gefördert werden.

Internationaler Arbeitsmarkt.

Der August pflegt in normalen Jahren in den Industrieländern stets die ersten Anzeichen der Herbstdepression zu bringen, die auch das Gedränge des internationalen Arbeitsmarktes günstig verändern. Schon im Vorjahre sind diese Anzeichen fast ausgeblieben, im laufenden Jahre aber vergrößerten sich die Verberichtigungen für die Herbstdepression so sehr, daß auf dem Arbeitsmarkt gegenüber dem Juli noch eine abermalige Verschlechterung entstehen konnte. Gegenüber dem Vorjahre tritt die Ungunst der Lage nunmehr außerordentlich zutage.

Wieder, wie schon in früheren Monaten, war es Großbritannien, dessen Arbeitsmarkt die Verschlechterung besonders stark zum Ausdruck brachte. Von den an die amtliche Berichterstattung angeschlossenen Arbeitern waren im August nicht weniger als 8,9 Proz. arbeitslos gegen 8,2 im Juli. Im Vorjahre war die Arbeitslosigkeit noch nicht halb so groß. Sie stellte sich nämlich im August 1907 auf 4 Proz. Von Juli auf August war die Arbeitslosigkeit um 0,2 Proz. gestiegen, während die diesjährige Zunahme 0,7 beträgt. Sehr ungünstig gestalteten sich die Beschäftigungsverhältnisse in der Maschinenindustrie und im Schiffbau, wo die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich wuchs; die Verschlechterung im Schiffbau trat aber nicht im Güte-Distrikt, sondern vor allem im West-Distrikt am schärfsten zutage. In der Maschinenindustrie war die Einstellung auch unbefriedigend; die Zahl der im Betrieb befindlichen Arbeiter betrug nur 270 gegen 246 im August 1907. Im Bergbau nimmt die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre allmählich zu, da die Ausfuhrbedingungen für englische Kohle ungünstiger geworden sind. Eine leise Besserung zeigte sich im Textilgewerbe; sie kam den Arbeitern infolge der Zunahme in verschiedenen Zweigen, in der Woll-, Kammergarn-, Seiden-, Spitzen- usw. Industrie, das Lohnniveau eine kleine Hebung erfuhr; allerdings sind die Löhne überall sehr viel niedriger als im Vorjahre. Im Baumwollgewerbe allerdings gingen sie von Juli auf August noch um 3,6 Proz. weiter hoch. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in Großbritannien wuchs auch die soziale Not von Monat zu Monat. Die Zahl der Paupers war im August pro 10 000 der Bevölkerung um 2 höher als im Juli und um 7 höher als im August 1907.

In Deutschland nahm während des Augusts die Arbeitslosigkeit ebenfalls merklich zu, da in der Industrie abermals Entlassungen vorgenommen wurden und das Angebot von Arbeitkräften zum Teil selbst in der Landwirtschaft keine Beschäftigung

finden konnte. Nicht ganz so ungünstig wie in Großbritannien und in Deutschland war die Gestaltung des Arbeitsmarktes in Frankreich. Die Arbeitslosigkeit ging hier von 8,0 im Juli auf 8,2 Proz. im August hinauf; sie nahm also um 0,2 Proz. zu. Im Vorjahre war sie von 7,5 auf 8,1 hinaufgegangen, also um 0,7 Proz. Außerdem war sie in diesem Jahre sogar etwas niedriger als im August 1907. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß der augenblickliche Prozentsatz noch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit darstellt. In Frankreich hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im August des Jahres nicht so sehr verschlechtert wie in Großbritannien und in Deutschland, weil vor allem die Bautätigkeit sich in durchaus befriedigendem Umfange entfaltete. Sowohl im Baugewerbe selbst als in den davon abhängigen Gewerben war die Arbeitslosigkeit vollkommen ausreichend. Dagegen blieb im Textil- und Bekleidungsgebiete die Depression unverändert hart; die Forderung, die sich in einzelnen Seidenwebereien Lyons bemerkbar machte, vermachte das Gesamtbild nicht freundlicher zu gestalten. In der Baumwollindustrie wiesen einige Bezirke, wie Maine-et-Loire und des Deux-Sèvres, eine Besserung, andere dagegen, wie die im Departement Nord und in der Normandie, eine Verschlechterung auf. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie blieb unverändert schlecht; auch im Berggewerbe gab es weit mehr Arbeitslose als im Vorjahre. Die Gesamtanlage wurde indes von den Arbeiterorganisationen keineswegs allzu pessimistisch beurteilt; denn auf eine Rundfrage, ob sie die Arbeitslosigkeit der Reich entsprechend für ausreichend hielten, antworteten 51 Proz. in bejahendem, nur 49 Proz. in verneinendem Sinne.

Sehr erheblich ist die Zunahme, die die Arbeitslosigkeit in Belgien im August erfahren hat; nicht nur gegenüber dem Vormonat, sondern auch gegenüber dem Vorjahre ist eine starke Zunahme eingetreten. Bei den organisierten Arbeitern stellte sich die Arbeitslosigkeit im August 1908 auf 5,9 Proz. gegen 4,7 Proz. im Juli und 1,3 Proz. im August 1907. Gerade in Belgien hatte im vorigen Jahre die Arbeitslosigkeit von Juli auf August kräftig abgenommen. Vor allem hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Bergbau und in der Eisenindustrie während des Augusts hart verschlechtert; die Krise im Eisengewerbe machte sich mehr und mehr auch im Bergbau fühlbar. Die Arbeitslosigkeit hat vornehmlich bei den Arbeitern des Eisengewerbes eine ungewöhnliche Höhe erreicht. In der Glasindustrie dauerte die Krise in gleicher Intensität fort. In der Textilindustrie gab es nur wenige Bezirke, in denen die Arbeit ausreichte.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich die Lage im August infolge etwas gebessert, als die geschäftliche Tätigkeit wieder eine mäßige Belebung zeigte; allerdings wurde der Arbeitsmarkt noch wenig davon berührt. Im Bergbau nahm die Förderung wieder ein wenig zu. Im Holzgewerbe zeigten sich auch Anzeichen der Erholung. Dagegen blieb die Arbeitslosigkeit im Eisen- und im Textilgewerbe noch bedenklich hoch. Nur in der Maschinenindustrie zeigten sich leise Anzeichen einer Besserung. Im Württemberg Distrikt waren Ende August im allgemeinen mehr Werke in Betrieb als zu Anfang des Monats. Der Verkehr auf den Eisenbahnen war, soweit der Güterverkehr in Betracht kommt, noch sehr matt, erst gegen Ende des Monats nahm der Verkehr landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen größeren Umfang an.

Deutsches Reich.

Der Entwurf der Witwen- und Waisenversicherung.

Der Lokal-Anzeiger teilt mit: Es bestätigt sich, daß der Entwurf einer Witwen- und Waisenversicherung im Reichsamt des Innern fertiggestellt ist und dem Reichstag noch im Laufe des bevorstehenden Tagungsabschnitts zugehen wird. Da dies aber kaum vor Oftern geschehen wird und der Entwurf gegen 1000 Paragraphen enthält, so ist es ganz ausgeschlossen, daß er noch bis zum Sommer verabschiedet werden könnte.

Nach dieser Meldung ist nicht darauf zu rechnen, daß der Entwurf, dessen Abfertigung von der Reichsregierung als eine „Ungewöhnlichkeit“ gekennzeichnet wurde, bis zu dem geschäftsfestgelegten Termin, 1. Januar 1910, Gesetzeskraft erlangt.

Sozialdemokratie und Krankenkassen.

Unter den Wählern, die die Sozialdemokratie gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen mit Heftigkeit betreiben, ist die bislang offizielle Kölnische Zeitung eines der perfidesten. Dieser Tage hat das preussische Oberverwaltungsgericht in zwei Fällen, die das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen betreffen, zugunsten der beiden Klassen entschieden und damit den Weg zur Aufhebung der Sp. Regierung zu Köln, der zwei Statutenänderungen die Genehmigung verweigert hatte, ins Unrecht gesetzt. Die betroffenen Klassen waren die Christenklassen für die in stehenden Gewerbebetrieben usw. beschäftigten Personen zu Köln und die Christenklassen Nr. 1 zu Köln-Ehrenfeld. Die Mitteilung von dem Ausgang des Prozesses bringt die Köln. Zeitung mit folgenden Bemerkungen:

„Die Entscheidungen sind gerade jetzt, wo man eine Reorganisation der Krankenkassenwesen und seine Vereinfachung von sozialdemokratischen Parteien einfließen anstrebt, nicht ohne politischen Beigeschmack. Diesen sozialdemokratischen Einflüssen wird u. a. vorgeworfen, daß sie in den Beamtenstellen der Krankenkassen willkürliche Veränderungen für wachsende, wenn auch mehr oder weniger für ihren Vorkurs unbrauchbare Genossen erwidern. Der Bezirksausschuss zu Köln hatte offenbar in dem Bestreben, diese sozialdemokratische Wundenjahre nicht zu unterstützen, zwei von Christenklassen gebildeten Statutenänderungen die Genehmigung verweigert.“

Die Kölnische Zeitung hält also den Bezirksausschuss zu Köln für unfähig, daß er nicht nach Recht und Gesetz, sondern nach den parteipolitischen Instinkten seiner Mitglieder über der Sache, der diese angeht, entscheidet. Am übrigen aber hat sich das Kölner Regierungsbüro mit seiner Hege gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen eine geradezu blühige Blamage geholt. Denn der von der Kölner Christenklasse für das stehende Gewerbe gefasste Beschluß,